

stunde auf der Tagesordnung haben, betrifft die Veranlagung eines anstehenden und erledigen. ...

in sehr gutem Zustand, der Herr Beamte ob aber dem Mädchen keine ...

Wetterwarte.

W. am 20. I. (Freitag). Teils heiteres, teils wolloses Wetter ...

3. Gr. (Freitag). 19. Jan. Unlaubliche Nachtstürze ...

Turnen - Spiel - Sport.

Turner-Veranstaltung. Der Turner-Veranstaltung ...

Gerichtsverhandlungen.

Der bei der Belagerung ...

Ausländervermittlung.

Über die Registrierung ausländischer Arbeiter ...

Verlässliche Nachrichten.

* Ein scheinbarer Winter. In der Schweiz ...

Im Streit ergriffen.

In dem Streitfall der ...

Saubraner-Explosion in Eisenbahnzuge.

Am 19. Jan. In einem ...

der Mann, der die ...

Seinem Sohn erlöschten.

München, 19. Jan. In ...

Der Todesangst gestorben.

Der Kaufmann ...

Ein Graf Schließen unter Norddeutsch.

Der Graf Schließen ...

Schwere Folgen der Grippe in England.

Die englischen ...

Schwere Straßenbahnunfälle in Berlin.

In den frühen ...

Die Berliner Gaswerke alle Kisten!

Der Zustand ...

Der Besuch von Reichstag niedergebrennt.

Der Besuch ...

Schlämer eines rumanischen Militärattachés.

Am 19. Jan. Dieser ...

Feinschmecker rauchen nach wie vor ALTIKUM GOLD ZIGARETTEN

Einblendungen aus dem Vortrags.

(Für die unter ...)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt

urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-6078769131920119-17/fragment/page=0003



Merseburger Korrespondent

Ersteinstufige täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage
— Fernsprechnr. monatlich 10,00 Mk. nachst. Postgebühren
gehört, durch die Post bezogen 11,50 Mk. einfl. Postgeb. und
Bezugslohn.
Einzugsnummer 60 7/2.
Geschäftshaus: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten
für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: für den achtzehnten Blattmeter 60 Pf.,
im Abdrucke 3,00 Mk., für Kleinanzeigen 10. Nachdruckungen ent-
sprechend. Anzeigen mit einem Verbandszuge, Schluss
der Anzeigenannahme: 10 Uhr vormittags.
Verkaufspreis: Leipzig 39070.
Fernruf: Reichsanstalt 324, Geschäftsstelle 466.
Verlag des Vereins Deutscher Zeitungsdirektoren e. V., erst. Verlagsanstalt.

„Amtsblatt der Stadt Merseburg“ — „Amtsblatt für den Kreis Merseburg“ — „Am häufigsten Herd“ — „Der Chronist von Merseburg“

Nr. 16

Donnerstag den 19. Januar 1922

48. Jahrg.

Die Ueberbürdung der Verbraucher.

Von Dr. Hermann Fochardt, M. d. B.

Die Befragung des Verbrauchers wußte ich ungeheuer. Vom 16. Februar 1922 ab wird das Brot, das früher um etwa 7 A zu haben war, mehr als 12 A kosten. Wenn es auch dem Aussehen nach Reichswirtschaftsratsbrot wäre, würde nach den insofern eingetragenen Preissteigerungen noch eine besondere Höhe zur Förderung des Wohnungsbaus in Höhe von 100 Prozent der Preisenmitte gezahlt werden. Dazu treten die Steuern vom Vermögen, vom Vermögenszuwachs, die geplanten Vorkaufsgelder auf Kaffee, Tee, Kakao, die Steuererhöhung für Zucker, Tabak, Bier, Mineralwasser, Zigaretten, Verbrauchsmittel, wie sie in den Finanzvorlagen der Regierung vorgelegt sind. Die Höhe, die im Jahre 1920 erreicht werden, haben insofern für November eine weitere Steigerung bis zu 3000 Prozent erfahren. Würde eine dieser Maßnahmen für sich allein getroffen werden, so wäre für ganz ein Lebensjahr über dem bisherigen. In der Richtung aber liegt eine Vervielfachung der Lebenskosten, die in der Tragweite weiter Schichten übersteigt.

Oben diese Situation läßt den einzelnen Plan vermissen und keine Rücksicht auf die sozialen Folgen erkennen, die eintreten müssen, wenn der Wogen überhand nimmt. Würdet man dem Publikum so viel mit einem Male geben, so kann man sich nicht wundern, wenn neue Arbeitslosigkeiten ausbrechen und die Gehaltsforderungen kein Ende nehmen. Hier bedarf es der ordnenden Hand und des weiten Blicks. Die Zeit und Kraft des Reichswirtschaftsrats ist gegenwärtig durch noch größere Sorgen in Anspruch genommen; er trägt die Verantwortung dafür, daß der von der Reparationskommission geforderte Reform- und Garantiefonds bis zum 27. Januar fertiggestellt und überreicht ist. Dann muß eben ein anderes Mitglied des Kabinetts die Sicherung übernehmen und die Zurückzahlung oder Milderung der einen oder anderen Maßregel veranlassen.

In ihrer Vereinfachung betrachtet sind die gemachten Vorschläge durchaus verständlich. Würden wir die Verbilligungsmaßnahmen für Getreide bis zum Ende des am 15. August 1922 erlassenen Wirtschaftsjahres gewähren, so hätten wir bei einem Dollarfuß von etwa 180 nicht weniger als 16 bis 17 Milliarden aus öffentlichen Mitteln zuzusetzen. Die deutsche Landwirtschaft stellt nicht genug Getreide her, wir müssen also das fehlende vom Ausland kaufen und dafür zeitlich befristete Kredite aufnehmen, um das Wirtschaftsjahr überstehen zu können. Das können wir auch in diesem Jahre nicht, mit Rücksicht auf den Preisverfall des Reichswirtschaftsrats und auf den Druck des Auslandes, dem gerade die Ernährungsausfuhr ein Dorn im Auge ist. Deshalb bleibt nichts anderes übrig, als die Zufuhre herabzusetzen und sie schließlich ganz fallen zu lassen. Bei der 75 prozentigen Erhöhung des Vorkaufspreises bleiben immer noch 10 bis 11 Milliarden Markt aus Reichswirtschaftsrats zu decken.

Auch eine Erhöhung der Mehrwertsteuer wäre an sich erwünscht, weil wir dadurch Mittel zu dem dringend notwendigen Wohnungsbau gewinnen. Aber schon die Reichswirtschaftskommission hat Vorbehalte gemacht, insbesondere den, daß alle Renten-, Lohn- und Gehaltsempfänger ihre Zahlverhältnisse zum jetzigen Betrag erhöht erhalten, der den künftigen Mitteln nicht entspricht. Diese Voraussetzung läßt sich am so schwerer erfüllen, je höher die Werte sind, die man auf die Schulden der Verbraucher legt.

Obwohl ich die dritte Form der Befragung, teilweise durch die neuen Steuern, bei der Rücklage unserer Finanzen ausreißend gerechtfertigt. Wir müssen versuchen, den Reichswirtschaftsrats in Ordnung zu bringen. Ganz wird dies auch durch die vorstehende Befragung des Reiches und Verbrauchers nicht gelingen. Immerhin erheben wir eine Gesamtsumme aus Steuern, Zöllen und sonstigen Finanzquellen von etwa 55 Milliarden Markt, und es gilt jetzt, diese Summen zu sichern. Die Parteien verhandeln über ein Steuerkompromiß, das wahrscheinlich auf die Erhebung eines höheren Betrages des Reichswirtschaftsrats hinausläuft, als im Entwurf zur Vermögenssteuer vorgezeichnet wird. Dort stehen 40 Prozent; vielleicht wird diese Höher für große Vermögen um mehr als die Hälfte erhöht. Vielleicht kommt für eine etwas höhere Zeit noch eine andere, sehr tief in das Wirtschaftsjahr eingehende Maßregel in Frage. Was aber ist eine Einigung nicht erreicht und stehen jetzt ernste Erörterungen an. Inzwischen kommen müssen die Steuern; andererseits würde sich unsere Lage gegenüber der Reparationskommission überaus verschlechtern.

Stehen aber die Dinge so, dann bleibt nichts anderes übrig, als unter den vorstehenden drei Befragungen einen Ausnahmefall zu treffen. Vergleicht man die Dringlichkeitsfrage, so kann man sich nur für eine Zurückzahlung bzw. für eine wesentliche Herabsetzung der Mehrwertsteuer entscheiden. Die Mittel für den Wohnungsbau oder ein Ziel derselben müssen dann auf anderem Wege beschafft werden, wie dies ja auch bisher geschehen ist. Der Reichswirtschaftsrats wird hier, wie so oft, den Vorschlägen den Reichswirtschaftsrats nicht folgen.

Vor Genua.

Die Konferenz von Genua kann nunmehr als gescheitert gelten. Auch die Vereinigten Staaten von Nordamerika haben jetzt bekannt, daß sie die Einladung nicht annehmen werden. Wenn englische Minister richtig informiert sind, dann heißt Washington freilich die Befragung, daß aber die Annahmehaltung der europäischen Staaten nicht gelingend werden darf. Das ist ja ohne Zweifel keine Erleichterung für die Verhandlungen. Aber auch von französischer Seite wird berichtet, daß die Konferenz und Genua seitdem die Seine zu werfen. So behauptet eine französische Depeschenagentur, daß Frankreich von Anfang an die Übernahme einer Generalabgabe auf die nationalen Reichswirtschafts-Deutschlands für die französischen Reparationsverträge. Schließlich handelt es sich hierbei um die Befragung für die Teilnahme an der Konferenz von Genua ist formuliert, und man würde jetzt ins Besondere gelangen, wenn man jedem Konferenzteilnehmer gestatten, seine Bedingungen

Frankreich droht mit neuen Sanktionen.

Paris, 19. Jan. (Reichsbericht anderer Berliner Abteilungen). „Reichsbericht“ bringt in einem Aufsatz die Meinung aus, Frankreich müsse, um seine Reparationen zu erhalten, wieder zu dem Mittel greifen, das sich gegenüber Deutschland immer bewährt habe, nämlich einen militärischen Druck an den Rheinvertragsländern auszuüben. Amerikas Teilnahme an der Konferenz von Genua immer noch fraglich.

London, 19. Jan. (WPA). Die „Morgenpost“ meldet aus Washington, die Haltung der amerikanischen Regierung zur Konferenz von Genua sei immer noch ungewiß. Sollte der Präsident die Teilnahme der Vereinigten Staaten an der Konferenz für notwendig halten, so werden drei Bedingungen gestellt werden.

Die erfolgreichen Befragungen der Gardelegation in Genf. Saarbrücken, 19. Jan. (Reichs-Telegramm). Auf dem gestrigen Nachmittag der deutsch-benachteiligten Partei für das Saargebiet gab der Delegierte der Partei bei der Garde Delegation einen ausführlichen Bericht über die Tätigkeit und den Erfolg der französischen Delegation in Genf, dem wir folgendes entnehmen: „Das letzte bei der ersten Delegation war die Überführung. Bei der zweiten Delegation war es etwas anders: Der Bericht an den letzten Verhandlungen an der Saar. Aus allem, was die Herren sahen und fragten, ging hervor, daß man annehmen darf nicht mehr zu rücksichtslos Vertrauen zu den Darlegungen der Saargebietregierung hatte, das können wir offen und deutlich sagen. Wir haben sämtliche Mitglieder der Reparationskommission befragt, abgesehen natürlich wieder von dem französischen Vertreter, der seine Zeit für uns hatte. Wir haben unsere eigenen Verhältnisse geäußert. Man hat uns gelächelt, so sehr man sich und offen wie möglich zu sein und wir haben von diesem Bericht an die Garde Delegation. Wir sind uns dann in einer Begründung unter uns Delegierten hat gewonnen, daß wir das, was die Herren uns selbst sagten, nicht an die große Glocke bringen wollten. Bei dem Vertreter Englands waren wir nicht weniger als zwei Male. In dieser Zeit ließ sich alles mündlich erzählen. Vor allen Dingen betrafen wir folgende Sachverhalte.“

Das französische Militär muß aus dem Saargebiet entfernt werden, da es entgegen dem Friedensvertrag hier gehalten wird. Wir konnten dabei auf die Verbilligungen des Generals Delacroix im „Zempe“ hinweisen, wonach im nächsten Jahre die Stärke der Truppen im Saargebiet über 1000 Mann betragen und erst auf 1000 Mann herabgesetzt werden soll. Wir haben als zweite Hauptforderung aufgestellt, daß die Saarbevölkerung bei der Wahl des französischen Militärs ein Wahlrecht erhalten solle. Das ist ein Punkt, der von den Herren nicht so sehr betont worden, daß man sie für durchaus gerechtfertigt halte.

nun wieder zu erweitern. Dennoch ist anzunehmen, daß England keine ganze diplomatische Kraft dafür einsetzen wird, daß die Konferenz nicht noch in letzter Stunde scheitert.

Die Wählerversammlung in Genua.

Paris, 18. Jan. In der Konferenz von Genua werden ungefähr 1000 Personen teilnehmen. Vertreter von 45 Staaten werden anwesend sein. Alle Länder Europas mit Ausnahme der Türkei kommen nach Genua. Die Sitzung wird im italienischen Palast stattfinden. Lord George wird ungefähr 14 Tage verbleiben, mit ihm kommen Sir Robert Borden, der Interimsminister, im Gegensatz zum Minister, sowie eine gewisse Anzahl von Beamten des Staatsamtes. Es steht nicht fest, ob die englischen Dominions Delegierte anwesend werden. Mögliches wurde ihnen bereits überredet, sich am 15. Januar in Genua zu begeben. Sollte dies geschehen, so werden die Vertreter der Dominions nach Genua geschickt werden. In diesem Fall würde Irland ebenfalls behandelt werden wie Kanada und Australien.

Wichtige Mitteilungen über die Konferenz von Genua weiß heute die „Daily Mail“ zu machen. Zwischen dem französischen und dem englischen Finanzminister hat sich bereits Verhandlungen wegen der Forderung von Genua im Gange. Man werde sich namentlich mit der Frage der Reparationen, die die früher schuldigen Staaten der Alliierten schulden, beschäftigen. Der wirtschaftliche Wiederaufbau von Deutschland werde ebenfalls ein Thema sein. Die Verhandlungen werden finanzielle Hilfe erstrecken werden, wenn für die Rückzahlung anderer Staaten und die Verteilung des Wertes von 700 Millionen Pfund Sterling angedacht ist, damit erfüllt werden.

Ein Minimum der Dresdener Ortsgruppe des Deutschen Eisenbahnerverbandes.

Dresden, 19. Jan. (Reichs-Telegramm). Die Berliner Ortsgruppe des Deutschen Eisenbahnerverbandes hätte eine Entlassung, in der auf Grund der „mangelnden Jugendfähigkeit“ der Regierung zum Generalstreik aufgefordert wird. — Eine fünftägige Unterbrechung des Deutschen Eisenbahnerverbandes Groß-Dresden hat die Reichsregierung zwar ein Minimum gestellt. In der dem Hauptverband des Deutschen Eisenbahnerverbandes übermittelte Entlassung heißt es nämlich: „Die am 16. Januar im Volkshaus zu Dresden abgehaltenen fünftägigen des Deutschen Eisenbahnerverbandes erfüllten das Ergebnis der Verhandlungen als nicht annehmbar. Sie haben sich deshalb geäußert, hierdurch zum letzten Male an die Regierung das Ersuchen zu richten, eine Mindestzahl von 3 A pro Stunde rückwärts zum Dezember 1921 zu gewähren und ebenso für einen aufgegebenen Preis bis zum 21. Januar 1922, mittags 12 Uhr. Sollte bis zu diesem Zeitpunkt eine betriebsfähige Antwort der Regierung nicht eingegangen sein, so wird das letzte generelle Streikmittel zur Anwendung kommen. Die Geschäftsbetriebe der Reichswirtschaftsgruppe 9 sind entsprechend den Bestimmungen der Reichswirtschaftsgruppe zu erhöhen.“

Befürchtete Unruhen in Oberschlesien.

Frankfurt, 19. Jan. (Telegraph, Weimarn). Wie der „Frankfurter Zeitung“ aus Breslau gemeldet wird, mußte am Sonntag im Zehnten Bezirk, besonders in Weitz, die Mannschaften der Polizei und eines Teiles der interalliierten Truppen anordnet werden, weil Unruhen und Plünderungen vorkamen. Infolge der Unruhen sind die in der Gegend verstreuten Truppen in die Gegend von Weitz und in die umliegenden Orte abgezogen worden. Die Unruhen sind in der umliegenden Gegend abgeklungen.

Geuer Reich von der Gewerkschaft verhaftet.

London, 19. Jan. (WPA). Wie Reuters aus Konstantinopel meldet, ist Geuer Reich von der Sowjetregierung verhaftet worden.

Der Papst an der Spitze erkrankt.

Rom, 19. Jan. (Reichs-Telegramm). Wie der „Österreicher“ mitteilt, muß der Papst wegen einer grippeartigen Brandstiftung in die Krankenabteilung des Hospitals in der Via del Corso in Rom verlegt werden.

hängen. Die Befragung unserer inneren und äußeren Lage bedeuten würde. In der Befragung wurden die verschiedenen Möglichkeiten des Gebrauchs der Erfindung der Schwärze und auch die Frage der Befreiung einer Juwelenindustrie eingehend erörtert. Die Beratungen sollen heute vormittag fortgesetzt werden.

Das Programm Bonicars.

Paris, 19. Jan. (Havas). Die ministerielle Erklärung, die Bonicars heute vormittag dem Ministerrat zur Genehmigung vorlegen wird, enthält folgende Punkte: Der erste besteht darin, daß die zweite an der der Angelegenheit. — Der Teil der Erklärung, der sich mit der ungewissen Zukunft befaßt, bezieht sich auf die Frage der Regierung, die zwischen Frankreichs aufrechterhaltung und zu bestimmen, ebenso ihren Willen, sich auf den Vertrag von Versailles zu stützen. Hinsichtlich der auf der Tagesordnung stehenden Fragen, wie z. B. der Konferenz von Genua ist das Subjekt der Befragung, daß Frankreich im voraus von den Sowjet-Entscheidungen freier müsse. Demnach, das eine Hauptthema unter dem Vertrag von Versailles geht, wäre, wie ich es schon festgestellt, seine Verpflichtungen zu halten, um die von ihm verursachten Schäden wiederherzustellen.

Frankreich verliert seinen Kredit in Amerika.

London, 18. Jan. Eine Meldung des „New York Express“ weist auf das bedauerliche Scheitern des französischen Antrags an dem amerikanischen Markt hin und bezeichnet es als eine allgemeine Ansicht, daß der Kreditverlust, der aus dem amerikanischen Markt resultiert, die amerikanische Politik für die schließlich in noch nur die Gläubiger Frankreichs zahlen müßten, zu führen bekomme.

Italien fordert ein deutsches Geheiß.

Wien, 19. Jan. Nach einer Meldung der „New York Tribune“ aus Washington beabsichtigt Italien eines der früheren deutschen transatlantischen Kabel, die jetzt unter französischer Kontrolle stehen. Hier der Fall, daß dieser Forderung nicht nachgegeben werde, würde Italien behaupten, daß es dem Schiedsgericht kommen, durch das die früheren deutschen Kabel im Stillen Ocean bestellt werden, seine Zustimmung verlangen werde.

Die neue räumliche Regierung gestiftet.

Moskau, 18. Jan. Nach einmündiger Ratung trat das Parlament wieder zusammen und nahm die Vorstellung der neuen Regierung an. Die Regierung, die aus den Reihen der alten Regierung, nämlich des Ministerpräsidenten Lade Nowikoff rekrutiert wurde, besteht aus 14 Mitgliedern, er lei bei der Meinung, daß das gegenwärtige Parlament die Wahl, und die Finanzverwaltung durchzuführen müsse. Sei jedoch die Mehrheit gegen das Kabinett, so werde diese Forderung nicht erfüllt werden können. Der Ratung wurde in diesem Falle die weiteren Entscheidungen getroffen. Sondern wurde ein von der Volkspartei kontrolliertes Ministerkabinett mit 100 gegen 81 Stimmen angenommen. Minister Lade Nowikoff erklärte infolge dieser Abstimmung, daß er dem Stille die Demission des gesamten Kabinetts überreichen werde.

Die militärischen Vorbereitungen zwischen Frankreich und England.

Die militärischen Vorbereitungen zwischen Frankreich und England sind in der letzten Zeit außerordentlich lebhaft. Die beiden Länder haben eine große Anzahl von Truppen in die Gegend von Genua geschickt. Die beiden Länder haben eine große Anzahl von Truppen in die Gegend von Genua geschickt. Die beiden Länder haben eine große Anzahl von Truppen in die Gegend von Genua geschickt.

Das Kabinett von Washington wird nicht reorganisiert.

Paris, 18. Jan. Die Agentur Bonaparte berichtet folgende, aus Washington kommende Meldung: Die Regierung des Präsidenten hat die Notwendigkeit, dem noch die Zustimmung Bonaparts in Bezug auf die Befreiung der passigen Anleihe und diejenige Englands wegen der